

8. VII 1917

Die österreichischen Slawen und der Friede.

Von Universitätsprofessor Dr. Heinrich Lammasch.
Mitglied des internationalen Schiedsgerichtshofes im Haag.

Salzburg, 5. Dezember.

Jedem, dem die Beilegung des nationalen Streites in Oesterreich am Herzen liegt, muß die jüngste Enunziation des Czechischen, des Südslawischen und des Ukrainischen Verbandes schwere Sorge bereiten. Mit Rücksicht darauf, daß die im Einvernehmen mit dem Minister des Aeußern abgegebene Erklärung des Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler im Abgeordnetenhaufe nur das Prinzip „ohne Annexionen und Entschädigungen“, nicht aber auch jenes „des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen“ ausdrücklich als die Basis der bevorstehenden Friedensverhandlungen bezeichnet, behaupten die genannten Präsidenten einen Gegensatz zwischen dem russischen Friedensanbote und dessen Annahme durch die verbündeten Regierungen „im wichtigsten Punkte“ und befürchten (oder hoffen?) sie, daß „die bereits eingeleiteten Verhandlungen zu einem Friedensschlusse nicht führen könnten“. Wir Oesterreicher haben lange genug unter den Streitigkeiten über die Fragen gelitten, ob in dieser Stadt neben den czechischen Straßentafeln auch deutsche und in jener neben den deutschen auch czechische Straßentafeln angebracht werden dürfen oder ob in diesem Ort ein neues Bezirksgericht und in jenem Städtchen Parallelklassen im Untergymnasium errichtet werden dürfen, um den Bedürfnissen oder Wünschen einer Minorität der Bevölkerung nachzukommen. Wir können uns aber nicht vorstellen und wir befürchten es keineswegs, daß über die Frage, ob so unendlich wichtige Interessen verfassungsmäßig sichergestellt werden, der von der gesamten Menschheit ersehnte Friede scheitern könnte. Die Herren, welche den Präsidenten dieser drei Klubs angehören, mögen nur die Stimmung ihrer eigenen Volksgenossen belauschen und sie werden über jeden Zweifel hinaus hören, daß den Willen, die sie zu vertreten behaupten, die Rückkehr der Ihrigen aus dem Felde und aus der Gefangenschaft, die Wiederaufnahme friedlicher Arbeit, die Herstellung oder doch wenigstens die Anbahnung normaler Verpflegungs- und Verkehrsverhältnisse, die Rettung der Jugend aus der Gefahr völliger Verwahrlosung, die Minderung der sanitären Gefahren, die Eröffnung der Grenzen des Reiches zu Handel und Wandel und die Erfüllung zahlloser äynlicher Wünsche nach materiellen und idealen Gütern, die man im Frieden für Selbsterständlichkeiten gehalten hatte, deren vollen Wert man erst im Kriege ermessen gelernt hat, unendlich wichtiger ist, als jene Fragen des Sprachenrechtes in Amt und Schule, auf die die nationalen Desiderien der Hauptsache nach hinauslaufen. Jene Abgeordneten, die noch immer glauben, daß dies die wichtigsten Interessen der Nationen seien, gleichen wahrhaftig jener Dynastie, die aus den Europa umwälzenden Ereignissen der französischen Revolution und der napoleonischen Kriege nichts gelernt und in ihnen auch nichts vergessen hatten. Darum würden sie, wenn in der Friedensfrage an das Volk appelliert würde, depossediert werden wie jene. Den Frieden werden sie nicht aufhalten. Auch bei jenen, die sie zur ihre Freunde und Gönner halten, würden sie nur ein müßiges Lächeln hervorruhen, wenn sie ernstlich dem Frieden sich widersetzen und jene Fragen zu solchen von europäischem Interesse aufbauen wollten.

Durch solch anmaßendes Unterfangen würden sie nur ihren Nationen den schwersten Schaden zufügen. Alle Oesterreicher anderer Stammes würden sich gegen sie wenden und auch dort, wo sie etwa berechtigte Wünsche hätten, sich ablehnend gegen sie verhalten. Alle, die ihnen bisher wohlwollend gegenüberstanden, müssen sich von ihnen völlig trennen, wenn sie ernstlich die Hilfe unserer Kriegsfeinde anrufen, wenn sie das, was eine jahrhundertlange Geschichte und die mannigfachsten kulturellen Beziehungen zusammengefügt haben, auseinanderreißen wollen, einzig, um es dem Fetisch der Sprache zu opfern. Befriedigung ihrer Wünsche können sie, soweit diese berechtigt sind, nur auf dem Wege der Verständigung mit den anderen das Reich bewohnenden Nationen erlangen, niemals durch ein Machtgebot von außen, gegen das sich die anderen mindestens mit derselben Kraft und Ausdauer zur Wehr setzen würden, deren sie selbst sich bedienen. Gerade diejenigen, die der anderen Seite Betsöhnlichkeit und möglichstes Entgegenkommen gepredigt haben und die dafür von ihren Stammesgenossen verlästert worden sind, müssen und werden sich solch wahnwitzigem Beginnen entgegenstellen. Noch ist es Zeit zur Umkehr auf dem Wege, der nur ins Verderben führen kann. Nur ihre Feinde können wünschen, daß sie auf ihm verharren.